Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/1924

02. 03. 88

Sachgebiet 707

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung — Drucksache 11/1733 —

Jahreswirtschaftsbericht 1988 der Bundesregierung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Mangel an politischer Führung durch die Bundesregierung hat erschreckende Ausmaße angenommen. Die andauernden Auseinandersetzungen innerhalb des Regierungslagers haben Investoren und Verbraucher zunehmend verunsichert. Unserer Wirtschaft fehlen klare und verläßliche Rahmenbedingungen für ihre Entscheidungen. Die unklare Politik der Bundesregierung ist zum Investitionshemmnis Nr. 1 geworden.

Verunsicherung herrscht vor allem wegen

— der Ankündigung von seiten der Bundesregierung, daß die Gewerbesteuer abgeschafft werden soll, ohne daß ein für die Kommunen annehmbarer Ersatz in Sicht ist. Für die Gemeindefinanzen und die kommunale Selbstverwaltung besteht damit akute Gefahr. Für notwendige Investitionsentscheidungen wird Städten und Gemeinden die finanzielle Grundlage entzogen;

— der geplanten Einführung der Quellensteuer, mit der auch bisher steuerbefreite Institutionen künftig der Steuer unterworfen werden sollen. Den Kirchen, karitativen Organisationen und Stiftungen werden dadurch Mittel für mildtätige und gemeinnützige Zwecke entzogen. Die betriebliche Altersversorgung und die private Altersvorsorge wird empfindlich getroffen. Die regional- und strukturpolitisch wichtigen Kreditprogramme der öffentlichen Kreditinstitute sind gefährdet. Ob und inwieweit es bei der Quellensteuer Ausnahmen geben wird, ist völlig unklar;

— der krisenhaften Zuspitzung der Finanzlage des Bundes. Schon drei Wochen nach Verabschiedung des Bundeshaushalts 1988 im Bundesrat und eine Woche nach seinem

Inkrafttreten mußte der Bundesfinanzminister einräumen, daß die Neuverschuldung des Bundes im Jahre 1988 nicht 29,5 Mrd. DM betragen wird, wie im Haushaltsgesetz vorgesehen, sondern mindestens 40 Mrd. DM. Dabei sind heute schon absehbare zusätzliche Haushaltsmehrbelastungen durch geringere Steuereinnahmen, durch einen notwendigen Bundeszuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit und durch Dollarkursrisiken beim Airbus und bei der Kokskohlebeihilfe noch nicht berücksichtigt;

— der finanziellen Belastungen des Bundes durch die Brüsseler EG-Beschlüsse vom 12. Februar 1988, die in ihren finanziellen Auswirkungen für die nächsten Jahre nicht hinreichend überschaubar sind. Die Bundesregierung hat für ihre Finanzierung Verbrauchsteuererhöhungen angekündigt, ohne zu sagen, um welche Verbrauchsteuern es sich handelt und in welchem Ausmaß sie erhöht werden sollen.

Diese Verunsicherung belastet in der gegenwärtig ohnehin labilen wirtschaftlichen Situation die Konjunktur noch zusätzlich. Notwendige Entscheidungen können deshalb nicht, wie von der Bundesregierung angekündigt, bis zum Sommer des Jahres aufgeschoben werden, sondern müssen sofort getroffen werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

— die schädliche Diskussion über die Abschaffung der Gewerbesteuer sofort zu beenden und statt dessen die notwendige Reform der Gewerbesteuer in Angriff zu nehmen, damit die Gewerbesteuer eine moderne Steuer wird, die den Interessen der Betriebe und der Kommunen gleichermaßen gerecht wird;

— ihre Pläne zur Einführung der Quellensteuer aufzugeben und statt dessen durch Einführung eines Mitteilungsverfahrens wie in den USA sicherzustellen, daß die Erträge hoher Kapitalvermögen entsprechend dem geltenden Recht tatsächlich versteuert werden. Dabei müssen durch Verzehnfachung der Sparerfreibeträge von 300/600 DM auf 3 000/6 000 DM Normalsparer mit einem Sparvermögen bis rund 100 000 DM von Steuern auf ihre Zinsen völlig freigestellt werden;

— die volle Wahrheit über die desolate Lage der Staatsfinanzen endlich zu offenbaren und einzugestehen, daß eine Rekordneuverschuldung des Bundes wie in diesem Jahr nicht nur vorübergehend, sondern Kennzeichen der Finanzpolitik dieser Bundesregierung auf Dauer sein wird;

— Wirtschaft und Verbrauchern endlich klar zu sagen, welche Verbrauchsteuererhöhungen die Bundesregierung ab 1989 plant.

Bonn, den 2. März 1988

Dr. Vogel und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333